

Königreich Ungarn von einem sprachgewandten jungen Historiker untersucht und somit für die vergleichende Parteigeschichte ein ansehnliches Ideen- und Organisationsgut aus strukturell völlig andersgearteten Bedingungen vermittelt wird. Der erste Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie richtete sich 1890 völlig übereinstimmend nach dem Hainfelder Programm der österreichischen Sozialdemokratie vom Jahre 1888/89. Darin lag aber bereits eine gewisse Diskrepanz, da man sich im industriell weiter entwickelten Teil der k. u. k. Monarchie auch auf eine ansehnlichere Arbeitermasse stützen konnte als im agrarisch geprägten Transleithanien, wo die Masse des Proletariats in den Unzufriedenen der Landarbeiterschaft und im Kleinstbauernum zu suchen war und das „Industrieproletariat“ erst mit dem allgemeinen Wachstum der Großbetriebe in der Hauptstadt und an vereinzelt Orten Ungarns zugenommen hatte. Erst im Jahre 1899 konnte die Sozialdemokratie nach der großen Tausendjahrfeier der ungarischen Landnahme (1896), als der Liberalismus, mit nationaler Überheblichkeit gepaart, wähnte, seine Triumphe feiern zu können, in Ungarn zu einer Großorganisation werden, als nämlich neben der Arbeiterschaft auch die bürgerlichen Intellektuellenzirkel zur politischen Aktivität entschlossen waren. Bald traten aber auch die weiteren Kontroversen innerhalb der Sozialdemokratie auf, indem die Kathedersozialisten mit dem routinierten Parteiapparat der Funktionäre in Streit gerieten: die Abwertung des Akademikers, des Ideologen und Dogmatikers seitens der seiner spontanen Macht bewußten unzufriedenen Arbeiterschaft zeichnet sich im innerparteilichen Streit zwischen Arbeiterführer und Intellektuellen ab. Dieser Kampf führt schließlich im Jahre 1910 zum Verdrängen der „geistigen Elite“ und zur erhöhten Aktivität der Radikalen.

Der Vf. führt an Hand gediegener Studien in Archiven (Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien; International Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam; Handschriftensammlung der ungarischen Nationalbibliothek) in die Vielseitigkeit der Probleme ein, benützt zu seiner sachlichen Urteilsbildung die zeitgenössischen Zeitungen und Zeitschriften, Parteitagsberichte und -protokolle, zahlreiche Memoiren und eine sehr umfangreiche Literatur (allein die Zusammenstellung der Quellen- und Literaturverzeichnisse verdient Lob und Anerkennung). Von den zahlreichen, gründlich untersuchten Persönlichkeiten des Parteilebens sei hier besonders auf die ansprechenden Analysen der Rolle von Gyula Pikler, Oszkár Jászi, Bódog Somló, Erwin Szabó und Gyula Alpári hingewiesen. Der Vf. vergißt darüber hinaus auch nicht, die Einflüsse des Auslandes (französische, deutsche und österreichische Sozialdemokraten) sowie die innenpolitischen Spannungen der Länder der Stephanskronen anzudeuten.

Graz

Johann Andritsch

Robert A. Kann: Die Sixtusaffäre und die geheimen Friedensverhandlungen Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg. 2. Aufl. (Österreich Archiv.) R. Oldenbourg Verlag, München 1966. 94 S.

Der Bericht Ottokar Graf Czernins über die Sixtusaffäre samt Vorgeschichte, der vermutlich bald nach dem Umsturz geschrieben ist und von K. vor einigen Jahren im Nachlaß Joseph Maria Baernreither im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien gefunden wurde, ist in den „Mitteilungen des österreichischen Staats-

archivs“, Bd 16 (1963), schon einmal veröffentlicht worden. Es ist zu begrüßen, daß dieser Quellentext, versehen mit erweitertem Apparat, einer Einleitung über das Verhältnis von Baernreither und Czernin zueinander und den Tagebuchaufzeichnungen Baernreithers zur Sixtusaffäre, als Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion über politische Fragen während des Ersten Weltkrieges im ersten Teil dieser Studie noch einmal abgedruckt wird, weil in diesem Text eine Darstellung der Vorgänge vorliegt, die von dem für Auslösung und Verlauf der Affäre im April 1918 verantwortlichen österreichisch-ungarischen Staatsmann stammt, und so eine Möglichkeit mehr geboten ist zur Bestätigung, Ergänzung und Korrektur der über diese Affäre bisher bekanntgewordenen Tatsachen und versuchten Interpretationen.

Im zweiten Teil der Studie sind Gedanken entwickelt zum Inhalt der beiden Sixtusbriefe aus dem März und Mai 1917, zum Ablauf der Affäre, die ein Jahr später durch das Bekanntwerden der Briefe ausgelöst wurde, und zu den Geheimverhandlungen gegen Ende des Krieges überhaupt. So zeigt K. hier, daß die damals als besonders anstößig empfundenen Anregungen und Vorschläge für Sonderfriedensverhandlungen im eigentlichen Sinn nicht im Interesse der Westmächte lagen, sondern auf die Initiative der Bourbonenprinzen zurückgeführt werden können. Er unterzieht das Verhalten Czernins und seine politischen Fehler einer überzeugenden Kritik und, was für den Forschungsbereich der „Zeitschrift für Ostforschung“ hervorzuheben ist, er unterstreicht, welche Bedeutung die Sixtusaffäre für die Verfestigung der Bereitschaft bei den Westmächten gehabt hat, die nationale Aufteilung der Monarchie auch um den Preis ihrer Zerstörung zu fordern; er erwähnt hier, daß noch vor den alliierten Festlegungen zur tschechoslowakischen Frage im Sommer 1918 bereits im Mai als wahrscheinliche Konsequenz der Affäre von offizieller amerikanischer Seite die Unabhängigkeitsbestrebungen der Tschechen und Südslawen gebilligt wurden. Die Frage nach der Unvermeidbarkeit des Auseinanderbrechens der Monarchie wird abschließend gestellt und offengelassen.

Köln

Peter Burian

Christoph Führ: Das K. u. K. Armeeeoberkommando und die Innenpolitik in Österreich, 1914—1917. (Studien zur Geschichte der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, Bd VII.) Verlag Hermann Böhlau Nachf. Graz, Wien, Köln 1968. 190 S., 1 Kte i. T.

Der preußische Kriegstheoretiker sudetendeutschen Stammes Carl v. Clausewitz schreibt: Der Primat im Staate gehört dem Politiker. Sofern dieser theoretische Primat mit praktischer geistiger Kapazität einhergeht, wird an dem Gedanken des Kriegsphilosophen wenig auszusetzen sein. Derart glückliche Situationen ergeben sich keineswegs stets. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges standen sich das k. u. k. Armeeeoberkommando und die k. k. Regierung gegenüber. Nomineller Oberbefehlshaber war Erzherzog Friedrich. Die Entscheidungen traf aber Franz Freiherr Conrad v. Hötzendorf. Ein stärkerer Gegensatz als der zwischen dem perfekten Soldaten Conrad und dem perfekten — noch dazu ungedienten — Zivilisten Stürgkh, dem Ministerpräsidenten, läßt sich schwer vorstellen. Zu allem Überfluß gehörten die beiden Akteure auf militärischer und ziviler Seite gänzlich verschiedenen sozialen Gruppen an. Conrads